

Hart, aber notwendig

Kuba ist zur Todesstrafe durch die aggressive Politik der USA gezwungen. Grundsätzlich lehnt es sie ab. Von Heinz-W. Hammer



Heinz W. Hammer ist Vorsitzender der Ortsgruppe Essen der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Anlässlich seines 50. Geburtstages hat das UN-Kinderhilfswerk UNICEF Deutschland im Juni dieses Jahres mitgeteilt, daß alle drei Sekunden ein Kind unter fünf Jahren stirbt. Oft geschieht das wegen vermeidbarer Krankheiten wie Durchfall, Masern oder Lungenentzündung. Jährlich sterben so fast elf Millionen Kinder.

Zwar gibt es für diese alltäglich verübten Verbrechen keine Gerichtsverfahren und keine Urteile, doch die Täter sind bekannt. Das imperialistische System hatte und hat Namen, Gesichter und Adressen. Es sind IWF, Weltbank und die »Gruppe der 8«. Es sind die hinter diesen Kürzeln stehenden kapitalistischen Konzerne und ihr willfähriges Regierungspersonal. Aus diesem verbrecherischen System ist Kuba mit dem Sieg der Revolution 1959 erfolgreich ausgebrochen. Die revolutionäre Regierung in Havanna hat unter sozialistischen Bedingungen ein beispielhaftes

Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem aufgebaut und eine vorbildliche internationalistische Außenpolitik entwickelt. Hierfür hat Kuba seither einen sehr hohen Blutzoll und einen enormen ökonomischen Preis gezahlt.

In der im Herbst 1999 erhobenen »Klage des kubanischen Volkes wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit« durch acht kubanische Massenorganisationen gegen die USA wurden diese für den Tod von 3.478 Menschen und zum Teil schwerste körperliche Schädigungen von 2.099 Menschen während des 40jährigen »schmutzigen Krieges« gegen Kuba verantwortlich gemacht. Das Provinzvolksgericht der Stadt Havanna verurteilte Washington am 9. November 1999 zu 181,1 Milliarden US-Dollar Wiedergutmachung.

Selbstverständlich gehen die täglichen Verbrechen und Morde durch das imperialistische System weiter, und ebenso selbstverständlich schweigen die US-Regierung ebenso wie die internationalen Medienkonzerne bis heute unisono zu diesem kubanischen Urteil.

Nicht geschwiegen wurde zu den Urteilen, die im April 2003 in Kuba gegen insgesamt 78 Straftäter und Handlanger eben jenes täglich mordenden Systems gefällt worden sind. Insbesondere die Vollstreckung der Todesstrafe gegen drei Schiffsentführer führte nicht nur zu einem inszenierten Sturm der medialen Entrüstung, der Ankündigung weiterer Subversionsmaßnahmen seitens der US-Regierung und einer

»Wer Cuba verteidigt, verteidigt die Welt.«
(José Martí)

»Kein Revolutionär, keine Revolutionärin, in welchem Land auch immer, bricht in Begeisterungstürme aus, wenn in einem sozialistischen Land eine Todesstrafe vollstreckt wird. Fidel-Castro selbst meinte hierzu in dem Interview mit *Página 12*: »Es war für die Mitglieder des Staatsrates sehr schmerzhaft, dieses Moratorium (der Todesstrafe, d. Autor) aussetzen zu müssen, (denn) wir teilen aus tiefster Überzeugung die Ablehnung der Todesstrafe.«

aggressiven EU-Erklärung am 5. Juni 2003, sondern auch zu heftigen Debatten innerhalb der internationalen Solidaritätsbewegung mit Kuba.

Dabei darf der politische Kontext aber nie aus den Augen verloren werden: Von äußerem Druck bestimmt wurde von Washington aus eine Strategie der Spannung gegen Kuba entwickelt, die den Vorwand für einen offenen Krieg liefern sollte. Allein die Tatsache, daß das US-Außenministerium am 30. April - die Rauchschwaden nach den US-Bombardements des Irak hatten sich noch nicht verzogen - Kubas Position auf der Liste der »Schurken- und Terroristenstaaten« bestätigte, sollte bei der internationalen Solidaritätsbewegung zu einem Aufschrei führen.

Fidel Castro führte in einem Interview mit der argentinischen Zeitschrift *Página 12* aus: »Wir haben in diesen Tagen gelesen, daß Kevin Whitaker, Chef des Kuba-Büros im US-Außenministerium, Havanna gewarnt habe, daß die Entführung von kubanischen Flugzeugen und Schiffen eine „Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten“ darstellen würde. Der Plan sah vor, durch die Welle von Entführungen eine Migrationskrise auszulösen, die dann als Vorwand für eine Seeblockade hätte genutzt werden können, was unweigerlich zum Krieg geführt hätte.«

Doch es ist nicht nur die »offizielle« Führung Kubas, die die Kriegsgefahr als so dramatisch einschätzt. So schrieb der kubanische Kirchenrat am 23. April in einem »Offenen Brief an Kirchen, Kirchenräte, kirchenleitende Persönlichkeiten, ökumenische Organisationen und Nichtregierungsorganisationen mit christlicher Orientierung« in aller Welt: »Im Kern ist all dies ein Vorspiel zum Krieg.« Ähnlich positionierten sich in einem »Aufruf an das Gewissen der Welt« über einhundert lateinamerikanische Intellektuelle, darunter die Nobelpreisträger Rigoberta Menchú, Nadine Gordimer, Adolfo Pérez Esquivel und Gabriel García Márquez. Das Dokument wurde im April in Mexiko verabschiedet und verurteilt die »rücksichtslose Kampagne gegen eine lateinamerikanische Nation«.



In dieser Situation ist ein kurzer Rückblick auf eine US-Aggression sinnvoll, die in diesen Tagen von vielen kubanischen Beteiligten und internationalen Beobachtern vergleichsweise genannt wird: die Invasion in der Schweinebucht im April 1961. In seinem Buch »Das Verhör von Havanna« (Suhrkamp, 1972) schrieb der deutsche Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger: »Die einzige Aufgabe der Regierung (die nach einer erfolgreichen

Invasion eingesetzt werden sollte, d. Autor) bestand darin, die militärische „Hilfe“ der Regierung der USA zu erbitten. (...) Die erste militärische Niederlage des Imperialismus in Amerika war zugleich das Fiasko der borniertesten und reaktionärsten Fraktion des amerikanischen Monopolkapitals. Playa Girón wird nicht ihr letztes Desaster bleiben.« Enzensberger verweist an anderer Stelle seines Buches auf den folgenden Umstand: »Ein zweites Gerichtsverfahren war bereits in einem frühen Stadium der Ermittlungen von dem Hochverratsprozeß abgetrennt worden. Es galt den eindeutig kriminellen Teilnehmern an der Invasion. Vierzehn Mörder und Folterknechte des Batista-Regimes saßen auf der Anklagebank. Fünf

von ihnen (...) wurden am 8. September 1961 in Santa Clara zum Tode, die übrigen neun zu dreißig Jahren Gefängnis verurteilt. Die Todesurteile wurden sofort vollstreckt.«

Wie wir heute wissen, haben in den vergangenen 40 Jahren Tausende von Kubanerinnen und Kubanern ihr Leben gelassen, und es ist gerade heute die *»bornierteste und reaktionärste Fraktion des amerikanischen Monopolkapitals«* (Enzensberger) an der Macht. Und dies mit einem in der Menschheitsgeschichte einzigartigen militärischen Vernichtungspotential.

Kein Revolutionärin, keine Revolutionär, in welchem Land auch immer, bricht in Begeisterungstürme aus, wenn in einem sozialistischen Land eine Todesstrafe vollstreckt wird. Fidel Castro selbst meinte hierzu in dem Interview mit Página 12: *»Es war für die Mitglieder des Staatsrates sehr schmerzhaft, dieses Moratorium (der Todesstrafe, d. Autor) aussetzen zu müssen, (denn) wir teilen aus tiefster Überzeugung die Ablehnung der Todesstrafe.«*

Die Urteile im April 2003 waren eine harte, aber notwendige Verteidigungsmaßnahme der kubanischen Revolution.

Lassen wir abschließend einen Menschen zu Wort kommen, der vielleicht mehr als alle anderen Kommentatoren die entsprechende Legitimation besitzt. Mumia Abu-Jamal, der seit über 20 Jahren als Opfer der rassistischen US-Justiz unschuldig in der Todeszelle sitzt. Abu-Jamal erklärte, daß er die Todesstrafe generell ablehne: *»Sie ist barbarisch und repressiv. Aber trotzdem liegen Welten zwischen der Art und Weise, wie die USA sie einsetzen - nämlich als legales Lynchen -, und wie Kuba sie jetzt im Kampf gegen den ökonomischen, politischen und medialen Terror der USA eingesetzt hat. Die USA wollen damit die Privilegien der Weißen schützen, Kuba versucht, die US-Aggression zu überleben«* (junge Welt, 14./15. Juni 2003).